

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Besitzgebietskarte bei täglich wechselnder Ausstellung frei durch monatlich 1000, 5,20, durch Volksbezug 1000, 3,80 und 40,7 Kpf. Sachsen. Diese Besitzgebietskarte bei Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: Liepzig & Reichardt, Dresden-II, I, Marienstraße 38/42. Fernsprech 25241. Postcheckkonto 1008 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Abonnementkarte Nr. 5: Willkürzeitung (22 mm breit) 11,5 Kpf. Nachdruck nach Artikel 8. Gemeinsamkeiten u. Ähnlichkeiten Willkürzeitung 6 Kpf. — Abdruck, 30 Kpf. — Nachdruck mit Quellenangabe Dresdener Nachrichten. Verlangte Schriftsätze werden nicht angenommen.

Einige Tageszeitung Sachsen mit Morgen- und Abendausgabe

Auf dem Wege zur Reichsreform

Reichskabinett beschließt wichtige Gesetze

Ab 1. Juli Deutsches Beamtenrecht - Lübeck kommt zu Preußen - AG nur für Großunternehmen

Berlin, 26. Januar.

In seiner Sitzung am Dienstag verabschiedete das Reichskabinett eine Reihe von wichtigen Gesetzen. Das Deutsche Beamtenrecht und die Reichsdienststrafordnung schaffen ein einheitliches Beamtenrecht für das gesamte Reichsgebiet. Als erster Schritt zur Gebietsbereinigung findet in Nordwestdeutschland ein Austausch von Landestellen statt. So wird das Gebiet Groß-Hamburg gebildet, während Lübeck preußisch wird. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde beschlossen, daß die Form der Aktiengesellschaft nur noch für ganz große Kapitalgesellschaften in Frage kommt.

Deutsches Beamtenrecht

Durch das in fast zweijähriger Arbeit zum Abschluß gebrachte Beamtenrecht ist ein einheitliches Reichsbeamtenrecht an die Stelle von 17 verschiedenen Regelungen, und zwar sowohl für die Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten, wie auch für die Beamten der übergeordneten des öffentlichen Rechts.

Durch dieses Gesetz lebt die alte Tradition des alten Beamtenrechts wieder auf durch die Schaffung eines Trennverhältnisses zum Führer im Gegensatz zu der Wilhelmarei Gelehrte. Die NSDAP wird in das Gesetz eingebaut als Folge der unlässlichen Verbundenheit zwischen Führer und Partei und als Trägerin des deutschen Staatsgedankens. Das Gesetz tritt am 1. Juli 1937 in Kraft.

Durch die neue Reichsdienststrafordnung wird ebenfalls eine Vereinheitlichung des Dienststrafverfahrens und der Dienststrafgerichte gegenüber der heutigen Unterschiedlichkeit hergestellt. Das neue Gesetz sieht im Gegensatz zu dem bisherigen Reichsbeamtenrecht ein Wiederaufnahmeverfahren vor bei Urteilen, die nach dem 1. Januar 1930 rechtssetzlich geworden sind. Auch dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1937 in Kraft.

Territoriale Flurbereinigung

Das Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen ist das erste Gesetz einer territorialen Flurbereinigung in Deutschland. Es war aus politischen und wirtschaftlichen Gründen unabdingbar auch mit Rücksicht auf den vierjährigen Plan erforderlich und tritt in seinen wesentlichen Bestimmungen bereit am 1. April 1937 in Kraft. Nach diesem Gesetz gehen auf das Land Hamburg von Preußen über die Stadtteile Altona und Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg und eine Reihe von angrenzenden Gemeinden, während von Ham-

burg auf Preußen die Gemeinden Geesthacht und die Stadt Cuxhaven und eine Reihe angrenzender Gemeinden übergehen. In Preußen kommt ferner das Land Lübeck mit Ausnahme seines im Lande Mecklenburg gelegenen Gemeinden Schalitz und Ueckern.

Der Stadtteil Wilhelmshaven geht von Preußen auf das Land Oldenburg über und wird mit dem Stadtteil Rüstringen zu einem neuen Stadtteil Wilhelmshaven zusammengegeschlossen. Anderseits wird der oldenburgische Landesteil Kirkenfeld mit dem Lande Preußen vereinigt und bildet einen Landkreis in der Rheinprovinz. Preußisch wird ferner auch der oldenburgische Landesteil Lübeck. Schließlich wird zwischen Preußen, Mecklenburg und dem bisher üblichen Landesteil noch eine Gebietsbereinigung zur Verteilung der Exklaven vorgenommen. Die Vermögenseinandersehungen zwischen Preußen und Hamburg sollen bis zum 1. April 1938 durchgeführt werden.

Neuordnung der Aktiengesellschaften

Nach dem Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien kommt die Form der Aktiengesellschaft nur für große Kapitalgesellschaften, nämlich für solche mit über einer halben Million Grundkapital in Zukunft in Frage. Für die bestehenden Aktiengesellschaften wird die Mindestgrenze auf 100 000 RM festgelegt. Mehrstimmrechte sind in Zukunft grundsätzlich verboten. Die Geschäftsführung der Aktiengesellschaft liegt ausschließlich beim Vorstand, dessen Verantwortung und Autorität verstärkt werden. Die Anteilseigner sollen in angemessenem Verhältnis stehen zu den freiwilligen sozialen Leistungen der Gesellschaften. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wird nach der Höhe des Grundkapitals gestaffelt.

Die nächste Sitzung des Reichskabinetts findet, wie bereits gemeldet, am Sonnabend, dem 30. Januar, aus Anlaß der vierten Biedertrede des Tages der Berufung des Führers Hitler statt.

Berlin bereitet sich auf den 30. Januar vor

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 26. Januar.

Zur Feier des Tages, an dem vor vier Jahren Adolf Hitler die Leitung der Geschichte Deutschlands übernahm, hat auch die Reichshauptstadt bereits alle Vorbereitungen getroffen. Die Straßen und Plätze, die der Schauspiel der Festkundgebungen sein werden, erhalten eine würdige Ausstattung. Besonders wird dabei der Weg ausgewählt, den der Führer am 30. Januar von der Reichskanzlei zum Reichstag zurücklegen wird und der vom Wilhelmplatz durch die Wilhelmstraße, Unter den Linden bis zum Brandenburger Tor über die Charlottenburger Chaussee und die Siegesallee zum Königsplatz führt. Den gleichen Weg legt auch der Anmarschzug des Gaues Berlin der NSDAP zurück, der am 30. Januar zur Erinnerung an die große Huldigung, die am Abend des 30. Januar 1933 dem Führer und dem damals noch lebenden Reichspräsidenten v. Hindenburg dargebracht wurde. Man ist bereits dabei, die Fahnen in massen aufzustellen. Hierbei werden die gleichen Masten verwendet, wie während der Olympischen Spiele gebraucht wurden. Statt der sogenannten Banner werden diesmal lose flatternde Fahnen an die Masten kommen, da bei den herrschenden Winterstürmen zu befürchten ist, daß feststehende Banner herabfallen werden.

Dr. Goebbels stiftet Preise für den Photowettbewerb „Vier Jahre Aufbau“

Berlin, 26. Januar.

Reichsminister Dr. Goebbels hat für die besten amateurphotographischen Arbeiten aus dem Reichsphotowettbewerb „Vier Jahre Aufbau“ drei Ehrenpreise zur Verfügung gestellt. Weiterhin gelangen eine größere Anzahl von Geld-

und Buchpreisen zur Verteilung. Ausgabe des Photowettbewerbs ist es, alle deutschen Amateurphotographen zur Mitarbeit an der großen Ausstellung „Gebt mir vier Jahre Zeit“ aufzurufen. Unerschöpflich sind die Möglichkeiten, die das Leben des neuen Deutschlands dem Photographen bietet. Alle die drängenden, kraftvollen, gefundenen Neuerungen unseres neu erwachten nationalen und sozialen Lebens gilt es, im Bild einzufangen. Alle deutschen Volksgenossen, sowohl die Amateure als auch die Profis, können sich an dem Wettbewerb beteiligen. Die näheren Bedingungen über die Teilnahme an dem Preisauftschreiben sind bei der Geschäftsstelle des Reichsbundes deutscher Amateurphotographen, Berlin-Lichtenfelde, Kamillenstraße 4, sowie in sämtlichen Photohandlungen erhältlich.

Viceadmiral Höfner Präsident der Deutsch-Japanischen Gesellschaft. Der Vorstand der Deutsch-Japanischen Gesellschaft hat einstimmig beschlossen, Viceadmiral a. D. Richard Höfner um Übernahme der Präsidentschaft der Gesellschaft an Stelle des verstorbenen Admirals Behnke zu bitten. Admiral Höfner hat sich bereit erklärt, dieser Bitte zu entsprechen.

Kommunisten beginnen in Polen. In Toli an der polnisch-sowjetischen Grenze wurden mehrere Kommunisten verhaftet, die mit Bolschewiken jenseits der Grenze verbündet waren unterhielten und kommunistische Flugschriften nach Polen einschmuggelten.

Belgisches Wirtschaftsflugzeug abgestürzt. Ein belgisches Flugzeug, das den Dienst zwischen Belgien und dem Kongo versieht, ist in der Nähe des Flugplatzes Oran abgestürzt. Hierbei kamen zwölf Insassen ums Leben.

Hintergründe der Schaprozesse

Der Moskauer Theaterprozeß, in dem Radek-Soboljewski, Sokolnikow, der eigentlich Brillant heißt, Romm, Tschernjakow und andere unter Anklage stehen, ist noch längst nicht der letzte seiner Art. Im Gegenteil zeichnet sich ab, daß eine lange Reihe weiterer solcher Justizkomödien sich anreihen wird, denn immer neue leitende Personen der Sowjetunion werden in den „Geständnissen“ der Angeklagten verdächtigt, alsbald verhaftet, und sie werden, wenn die Reiche an ihnen sind, wahrscheinlich wieder „Mitschuldige“ nennen. Zwei Jahrzehnte bedeutet die Sowjetunion im Jahre 1937. Das neue Jahr aber scheint eine besonders blutige Ernte unter den Reichen zu wollen, die sie nicht schulen. Frühere Verdienkte föhren nicht; auch nicht frühere Freundschaft zu Stalin; die GPU erscheint und schleift in die Tschekateller Männer, die man mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet und die in der ganzen Welt bekannt waren als die eisernen Apostel des Kommunismus. Diese Opfer aber enthalten, wenn sie vor dem Richter stehen, plötzlich, sie hätten ein schmückendes doppeltes Spiel getrieben; sie seien gar nicht die überzeugten Bolschewiken gewesen, sondern ganz gemeine Saboteure, die im geheimen das Ziel verfolgten, das Sovjetkultum zu unterminieren, die Bauern aus den Kolchosen wieder zum Privat-eigentum zurückzuführen und Sowjetrußlands Industrie zu Formen der verbotenen kapitalistischen Welt zu betreiben. Mit verzweifelter Gier, sich selbst zu beschuldigen, gestehen sie ein, Terrorgruppen organisiert zu haben, die Stalin umbringen sollten. Sie bezichtigen sich geheimer Verbindungen mit faschistischen Staaten, vor allem aber mit Trotski.

Die Trotskistenprozesse werden einmal in die Geschichte eingehen wie die Hexenprozesse des Mittelalters. Damals wurden „Geständnisse“ durch grobe Methoden der Folter erpreßt. Jułowski unterscheidet sich die Schaprozesse der Sowjetunion von ihnen, daß man nicht genau weiß, wie eigentlich die ungeheuerlichen Selbstbezichtigungen in ihnen zustande kommen. An sich würden die raffinierten Methoden der Sowjetjustiz, Gefangene während der Untersuchungshaft gefüllt undkörperlich zu ermüden, austreiben, um diese zu veranlassen, alles zu unterstreichen, was man ihnen vorlegt. Das erklärt aber noch nicht, wie man beweist, daß in den Hauptverhandlungen, wenn ausländische Pressevertreter und unter Umständen Mitglieder der Moskauer diplomatischen Vertretungen anwesend sind, nicht einer aus der Reihe traut, nicht einer „Geständnis“ widerstehen. Man muß daher von einem geheimnisvollen hemischen Stoff, der den Angeklagten eingespritzt wird und sie zu willenslosen Werkzeugen hypnotischer Einflüsse macht. Die Londoner „Morning Post“ beschäftigte sich am Dienstag mit diesem Rätsel, und um die völlige Weritigkeit der „Geständnisse“ ihren Lesern drastisch vor Augen zu führen, brachte sie eine Karikatur, die Stalin darstellt, wie er nach Einspruch des Witzes selbst zum reuigen Sünder wird und bekommt: „Ich bin schuldig. Ich habe euch erbarmungslos ermordet!“

Eines Tages wird nicht das Dunkel dieser Geständnisse durchdringen. Glauben finden sie im Auslande nicht mehr; im Gegenteil wird der Verlauf der Prozesse durchweg mit wachsendem Abscheu verfolgt. Selbst Blätter, die sonst stolz trikotlos alle Elegen über Deutschland niedergießen, können sich der Zweifel nicht erwehren, wenn die tolle Bevölkerung aufgestellt wird, ausgerechnet Leo Trotski (Lub Bronstein) sei mit dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Höfner, in Verbindung getreten, und Deutschland und Japan wären die eigentlichen Drahtzieher der Trotskigruppen in Sowjetrußland. Der Theaterprozeß bemüht sich offenbar, nebenbei auch einen Heiterkeitsfestszug buchen zu können. Je mehr aber die Handlung sich wiederholt und nichts anderes bringt als die ewigen Selbstbezichtigungen, desto geringer wird die Anteilnahme an der eigentlichigen Szene. Sie wendet sich mehr den Dingen zu, die hinter den Kulissen spielen, den Hintergrundes jener bissigsten grausigen Komödie. Auseinander verlost Moskau mit den Prozessen zum Teil außenpolitische Ziele. Neben dem Willen, Deutschland zu verbünden, steht die Absicht einher, den trotsistischen Gruppen, die sich in einigen Ländern befinden, den moralischen Kredit zu nehmen. Dabei gewinnt man gleichzeitig einen Sündenbock für das bolschewistische Durcheinander in Spanien. Dort haben jetzt auf Veranlassung Moskaus der sowjetrussische Botschafter in Madrid, Moses Rosenberg, und der sowjetrussische Generalkonsul in Barcelona, Owlesenko, Schritte unternommen, um alle trotsistischen Organisationen aufzulösen. Sie begründen ihr Vorgehen damit, daß sie angeblich in den